

Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften

Jochen Steffen, geb. 1922 in Kiel, ist Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Schleswig-Holstein. Steffen, von Beruf Redakteur, studierte politische Wissenschaften, Philosophie, Psychologie und Soziologie. Soeben erschien sein Buch „Strukturelle Revolution“.

„Nun ist es aber eine Tatsache für Partei und Gewerkschaften, daß wir schon im Frühjahr in den Spitzengremien die Gefahr spontaner Arbeitsniederlegungen für den Herbst gesehen haben. Wir wußten also, was kommen kann. Aber welche Konsequenzen hatten wir daraus gezogen? Keine! Dies ist ein schwerer Vorwurf für uns alle, in den ich mich selbst einschließe.“

Oppositionsführer Klaus Matthiesen, SPD Schleswig-Holstein, am 10. 10. 1973 vor dem DGB-Vorstand Nordmark.¹⁾

1) Ich beziehe in diesem Aufsatz die Position des Landesvorstands der SPD Schleswig-Holstein, die des Oppositionsführers Matthiesen und die des wissenschaftlichen Assistenten der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein, Georg Beez, zu den behandelten Fragenkomplexen ein. Die Darstellung enthält meine persönliche Meinung.

Gegen die Harmonisierung von Konflikten

Es gibt mehr latente Spannungen und Konflikte zwischen „der Partei“ und „den Gewerkschaften“ als offiziell ausgetragen werden. Es gibt mehr latente Spannungen und Konflikte *in* „der Partei“ und *in* den — und zwischen den — Gewerkschaften als offiziell ausgetragen werden.

Die SPD verstehe ich als die politische Organisation einer latent vorhandenen Kraft der demokratischen, sozialistischen Arbeiterbewegung. Als ihr entsprechende Gewerkschaften verstehe ich die des DGB, die DAG und GdP.

Die offiziell ausgetragenen Konflikte zwischen Partei und Gewerkschaften und die offiziell in ihnen ausgetragenen Konflikte verhüllen ihre Ursachen, statt sie zu enthüllen. Taktische Unsicherheiten werden zu Grundsatzfragen erhoben, Grundsatzfragen werden taktisch behandelt. Offizielle Konflikte werden meist durch Basisaktionen' ausgelöst, unter falschen Frontstellungen in den Führungsgremien diskutiert und in einem gemeinsamen Harmoniestreben nach Art des Hornberger Schießens durch Resolutionen in der Form, aber nicht in der Sache „erledigt“. Die Sache selbst wirkt weiter. Das äußert sich in giftigen Spitzen bei Reden, Gruppenbildungen (leider, siehe oben, häufig mit falschen Fronten) und schließlich in organisatorisch-administrativen Cliquenkämpfen mit der Tendenz zu administrativen „Lösungen“, die auch keine solchen sind.

Bei aller Anerkennung der historischen und der für Gegenwart und Zukunft notwendigen Gemeinsamkeit in grundsätzlichen Perspektiven ist es eine Flucht vor der historischen Wahrheit und vor der gegenwärtigen Lage so zu tun, als sei die Partei der Fels, auf den die Gewerkschaften sich stützen könnten. Für *Lassalle* sollte die Partei der Fels sein, auf dem die Kirche der Zukunft errichtet würde. Sie ist es nie gewesen. Sie kann es auch in Zukunft nicht sein. Sie kann es so lange nicht sein, als wir davon ausgehen, daß die Gesellschaft der Freien und Gleichen ihre Konflikte um die Verwirklichung ihrer realen Inhalte durch Freie und Gleiche in Freiheit und Gleichheit der Menschen austrägt. Die mögliche Beseitigung antagonistischer Widersprüche eines spätkapitalistischen Systems bringt keine Harmonie unter den Menschen. Die Konflikte zwischen ihnen bleiben. Die Konflikte werden höchstens um ihre Sprengkraft, die Wirtschaft und Gesellschaft pulverisieren können, entschärft. Die Partei und die Gewerkschaften dürfen deshalb nicht über die Integration ihrer organisatorischen, administrativen und wissenschaftlichen Mittel eine Harmonisierung der Konflikte anstreben. In der Praxis liefe das auf Konfliktverschleierung und tendenziell totale Manipulation hinaus. Das ist das dem Streben bewußtloser „Technokraten“ entsprechende Modell. Es verhindert bereits die Überwindung spätkapitalistischer Strukturen. Das Streben nach Konfliktentschärfung und optimaler Harmonie erzeugt eine Anpassung an Daten und Konsequenzen, die entweder vom „Markt“ oder von multinationalen Konzernen gesetzt und gewünscht werden. Die mögliche Kraft der Veränderung wird dann — unter „Sachzwängen“ — zur harmonisierenden Kraft; sie begibt sich ihrer

möglichen Bewußtheit zur Selbstgestaltung. Sie selbst wird dann durch fremde Kräfte gestaltet. (Hier zeigt sich einer der realen Ansätze zu der in der Polemik übersteigerten Behauptung des „Arbeiterverrats“ und zu der theoretisch überspitzten „Stamokap“-Diskussion.)

Partei und Gewerkschaften müssen deshalb eine gemeinsame Perspektive der von ihnen gewollten Zukunft unter analytischer Erfassung und Bewertung der Gegenwart mit ihren *jeweiligen* Aufgaben und ihren möglichen Konflikten erarbeiten. Geschieht das nicht, werden tendenziell, je nach Konfliktursache, sich wechselseitig die Partei (vor allem dann, wenn sie „regiert“) an die Stelle der Gewerkschaft oder die Gewerkschaft sich an die Stelle der Partei zu setzen trachten. Traditionell ist es Aufgabe „der Partei“ zu sagen, „wo es längs gehen soll und wie was gemacht wird“. Seit Jahren entzieht sie sich dieser Pflicht. Sie pflegt immer nur festzuhalten, was sie nicht will. Auf der so mühsam geschneiderten „Bandbreite“ finden dann die oben skizzierten Konflikte statt. Sie sind deshalb so quälend, weil sie den verkehrten Igel darstellen. Dieser richtet seine Stacheln nach innen statt nach außen.

Spontane Basisaktionen: Atem der Geschichte spürbar?

Bei den Gewerkschaften hat das aufbrechende Bedürfnis nach „Theorie und Analyse“ nicht zu einem auch nur in Umrissen zu erkennenden politisch-gesellschaftlichen Selbstverständnis geführt. Sich Vorträge halten zu lassen, darüber zu diskutieren, in dem Bewußtsein, etwas für die „Bildung“ getan zu haben, zeigt höchstens den unklar empfundenen eigenen Mangel. In der Zeit des scheinbar problemlosen Wachstums sind die Gewerkschaften zum Dienstleistungsbetrieb zur Verwaltung von Interessen der Lohnabhängigen geworden. Jetzt, wo das Wachstum der Probleme schneller stattfindet als das Wachstum der finanziellen und technischen Mittel zu seiner Auflösung, erfolgen soziale Kleinexplosionen an der Basis. Dazu gehören die spontanen Arbeitsniederlegungen. Sie zeigen die reale Begrenztheit der gewerkschaftlichen Funktion als „Ordnungsfaktor“ und führen somit zu einer Demokratisierung der Organisation. Andererseits zwingen sie die Organisation in eine Ziel- und Maßnahmenrichtung, die den objektiven Nöten und Bedürfnissen der Menschen nur höchst beschränkt entspricht. Die Kaufkraft-erhöhung löst nur kurzfristig einige Probleme. Die gesellschaftlichen Probleme sind durch Basisaktionen höchstens anzuritzen. Schließlich führt der Verteilungskampf im gegebenen System nicht zu einer anhaltenden quantitativen und gar qualitativen anderen Verteilung. Die aufbrechenden Basisaktionen in Bürger- oder Betriebsinitiativen sind der Ausdruck der Diskrepanz von pauschal erzeugten Wünschen und der Möglichkeit ihrer Erfüllung unter wachsendem Druck der Probleme. Sie zeigen eher die Verunsicherung der Organisation als neue Leitbilder, die von „handelnden Massen“ entwickelt werden. Es ist ein demokratisches Mittel (und Ziel), daß Unzufriedenheit sich organisieren, Ausdruck finden und Bestehendes verändern können muß. Es ist ein frommer Wunsch, daß in diesen Aktionen

der Atem der Geschichte wehen möge. Er hat gelegentlich in ihnen gesäuselt. Sie mögen verschüttetes Bewußtsein freilegen. Politisch-gesellschaftliche Zielvorstellungen mit Mitteln und Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung wurden aus Spontaneität *allein* nie geboren. Zieht man in der Partei und in den Gewerkschaften daraus nicht die Konsequenzen, so kann das Ergebnis durchaus eine Verschärfung des *Kampfes in der Klasse* (statt des Klassenkampfes) und ein Anwachsen der Macht einer autoritär-konservativen, technokratischen Gegenevolution sein. Das wäre das Gegenteil von dem, „was eigentlich alle wollen“.

Zum Auftrag der Arbeiterbewegung in der spätkapitalistischen Gesellschaft

Da dieses Verständnis den Schablonen nicht entspricht, damit eine Unsumme potentieller Mißverständnisse ermöglicht wurde, sollen einige Thesen helfen, das hier dargestellte Verständnis von unumgänglicher Gemeinsamkeit, gemeinsamen Unklarheiten und notwendigen Konflikten kritisieren oder verifizieren zu können. Dabei gehe ich davon aus, daß

- a) der Auftrag der Arbeiterbewegung lautet: bewußte Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die freie Organisation freier Menschen;
- b) Arbeiterbewegung nur verändern kann, wenn sie sich selbst als lern/lehrfähig und veränderbar begreift;
- c) Partei und Gewerkschaften eigenständige Ausprägungen zur Erfüllung des Auftrages sind, die gemeinsam marschieren, gemeinsam schlagen und nur gelegentlich sich untereinander schlagen sollen.

I. Die Situation des Menschen ist in den modernen Industriesystemen durch Entfremdung und Verdinglichung gekennzeichnet. Seine Produkte und Hervorbringungen treten ihm als eine, von seinem Willen unabhängige Macht gegenüber. Eine nicht kritisch hinterfragte Entwicklung von Wissenschaft und Technik ist zur hauptsächlichen, vom Menschen scheinbar unabhängigen Triebkraft bei der Entfaltung der Produktivkräfte geworden. Die herrschende Klasse verfügt vorwiegend über diese Triebkraft, die Investitionen, und verfügt damit über Umfang und Inhalt der erweiterten Reproduktion. Das kann sie als Machtelite ohne Privateigentum an den Produktionsmitteln tun. Das kann sie unter spätkapitalistischen Bedingungen über multinationale Kapital- und Ressourcenverfügungsmacht tun.

II. In den modernen, spätkapitalistischen Systemen besteht eine Abhängigkeit aller von allen, ohne daß alle alles bestimmen können. Dies gilt für die Verhältnisse in den Gesellschaften. Das gilt für die Verhältnisse zwischen den Gesellschaften. Der Kapitalverwertungsprozeß wird zwar politisch vermittelt, aber inhaltlich privat bestimmt. Der Prozeß des Ganzen ist irrational. Dies steht im Gegensatz zu der Rationalität in den Strukturen. Deren Rationalität aber ist sowohl in ihrem Verhältnis zueinander, als auch in ihrem jeweiligen Verhältnis zum Ganzen irrational. Damit sind sowohl die Grundwidersprüche *Marx'*, als auch die

Irrationalität über die politische Vermittlung des Kapitalverwertungsprozesses zu Widersprüchen in den vermittelnden Organisationen geworden. Der Doppelcharakter des Verhältnisses von Staat und „Kapital“ wird auch zum Doppelcharakter der vermittelnden Organisationen.

III. Die Aufgabe der Arbeiterbewegung besteht darin, den Kapitalverwertungsprozeß inhaltlich bewußt und demokratisch zu bestimmen. Ihr Mittel dazu ist die ständig demokratisch neu zu erringende, politisch-gesellschaftliche Macht. Sie muß nach partiellen Lösungen in einem die Welt bestimmenden System suchen. Ihr Maßstab ist die Verwirklichung der Möglichkeiten der menschlichen Natur (Marx). Ihre Mittel sind eine bewußte Bestimmung des Ganzen über eine bewußte, gesellschaftlich-demokratisch bestimmte Planung der Wirtschaftsstruktur und der Kontrolle ihrer Durchführung. Die Planung erfolgt einerseits nach den Notwendigkeiten der Ressourcensicherung, andererseits nach den Bedürfnissen der Vermeidung nicht gewollter Konsequenzen bei der geplanten Entfaltung der Produktivkräfte. Konsequenzen- und Interdependenzforschung sind Bestandteil und Voraussetzung der bewußten Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie beinhaltet folgende „essentials“:

- der politischen, demokratisch-gesellschaftlich kontrollierten Entscheidung über Macht und ihre Verteilung;
- der politischen, demokratisch-gesellschaftlich kontrollierten Entscheidung über alle wesentlichen Investitionen nach Art, Ort, Umfang und Zeitpunkt;
- der politischen, demokratisch-gesellschaftlichen Entscheidung über die Nutzung von Wasser, Boden, Luft und was in und auf ihnen ist;
- der Sicherung der Informationsfreiheit unter und durch politische, demokratisch-gesellschaftliche Kontrolle aller Informationssysteme und ihrer Nutzung.

IV. Die Zielfindung ist als demokratisch-gesellschaftlicher Prozeß Aufgabe aller Individuen. Die Zielbestimmung erfolgt nach dem Mehrheitsprinzip unter rechtsstaatlichem Minderheitenschutz. Die Durchführung ist Aufgabe der staatlich-politischen Institutionen. Kontrolle und Korrektur ist die Aufgabe der politisch-gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen. Wollen die Gewerkschaften auch durchführen, müssen sie sich als Partei konstituieren. Damit begäben sie sich des institutionalisierten Konfliktauftrages, der unvermeidlich zwischen Zielfindung und Zielverwirklichung liegt. Die Partei hat ebenfalls diesen Auftrag. Er wird verfremdet durch Entscheidungszwang und Notwendigkeit der Machtbehauptung. Gewerkschaften und Partei sind die Vermittler des Kontroll- und Korrekturwillens gegenüber den durchführenden Institutionen. Sie artikulieren das Klasseninteresse und das Interesse der Gruppen in der Klasse gegenüber dem administrativ-politischen Bereich, der sich immer auch, um Zielvorgabe bemüht. Sie sichern damit faktisch die Freiheitsräume in der Gesellschaft.

V. Die Organisation von Partei und Gewerkschaften muß der Qualität der Aufgaben entsprechen. Die eigene langfristige Planung beruht auf der Verknüp-

fung von Wert-Ziel-Vorstellungen, der Arbeit des wissenschaftlichen Apparats und der Impulse der Basis und deren organisatorischer und wechselseitiger Vermittlung. Das ist ein permanenter Prozeß. Er setzt eine Veränderung der Arbeits-, Diskussions- und Kontrolltechnik voraus. Weder Partei noch Gewerkschaften haben diesen qualitativen Umstrukturierungsprozeß begonnen. Ohne ihn schwanken sie ständig zwischen den Extremen „prinzipieller“, nicht näher definierter Entscheidungen und einem Opportunismus unter „Sachzwängen“, dessen Inhalt fremdbestimmt ist; zwischen einem administrativen Zentralismus und einer Basis-spontaneität, die beide in ihren Inhalten fremdbestimmt sind. Unter wachsendem Problemdruck treibt das entweder zur totalen Manipulation oder zur permanenten, sozialen Explosion. Beides bringt auf die Dauer das Ende der Arbeiterbewegung. Veränderung einer spätkapitalistischen Gesellschaft über eine demokratische, sozialistische Gegenmacht setzt eine andere Qualität dieser Macht voraus. Sie erfordert Stärkung der Organisation durch deren qualitative Veränderung, die unter veränderten Kommunikationstechniken Basis und Zentrale wechselseitig stärkt.

Eine praktische Konsequenz sei noch aus diesen abstrakten Thesen gezogen: Nach dem letzten Mitbestimmungskompromiß, der die Parität faktisch aufhebt, muß der Gesetzentwurf abgelehnt werden. Ein Mitbestimmungsmodell, das an der Machtfrage nichts ändert, fördert die Anpassung an jene Strukturen, zu denen man sich noch als Gegenmacht begreift.